

Tätigkeitsbericht für die Jahre 2014, 2015 und 2016 für den Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.)

Der VBRG e.V. führte in den Jahren 2014, 2015 und 2016 Aktivitäten durch, die folgenden Zwecken dienten 1.) Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte Opfer von Straftaten mit rechten, rassistischem und antisemitischem Hintergrund und 2.) die Förderung der Prävention von Gewalttaten mit rechtem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund.

In den vergangenen drei Jahren waren die Aktivitäten des Verbandes auf den Aufbau neuer Beratungsstrukturen und auf die Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gerichtet. Mit zunehmender Anzahl von Flüchtlingen in Deutschland, stieg die Anzahl rassistischer Angriffe stark an und Menschen, die sich in Willkommensinitiativen für geflüchtete Menschen einsetzten wurden zunehmend bedroht. Dies wirkte sich auf die Arbeit des Verbandes aus. Aufgrund dieser Entwicklung sind 2 Publikationen entstanden und einige Fortbildungen widmeten sich diesen Themen.

Hauptschwerpunkt der Arbeit ist der Aufbau des Dachverbandes für die fachspezifische Opferberatung. Für diese Arbeit erhält der VBRG e.V. Fördermittel in Höhe von des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Bundesprogramm „Demokratie lebe! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“.

Im Rahmen dieses Projektes und durch die Mitarbeit der Verbandsmitglieder wurden folgende Aktivitäten umgesetzt:

Unterstützung des Aufbaus neuer Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Mit dem Jahr 2014 wurde über das Bundesprogramm der Aufbau von Opferberatungsstellen in allen Bundesländern forciert. Bis dahin waren nur in den ostdeutschen Bundesländern, Berlin und NRW Beratungsstellen vorhanden. Der VBRG e.V. beriet Landesdemokratiezentren und andere Akteur_innen, die den Aufbau in ihrem jeweiligen Bundesland verantworteten. Hierzu gehörten Fragen zur Konzeption, zur Ausstattung und zur Qualifikation. Nach Einrichten einer Beratungsstelle wurden dann die Mitarbeiter_innen für die Beratungsarbeit qualifiziert (Hospitationen, telefonische Beratung, Verfügbarkeit von Materialien, Fortbildungen). Von 2014 bis 2016 wurde der Aufbau der Beratungsarbeit in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern (plus zusätzlich München), Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig Holstein

unterstützt.

Fort- und Ausbildung der Berater_innen

Es wurden in den Jahren 2014, 2015 und 2016 insgesamt 16 eigene Fort- und Ausbildungsveranstaltungen an unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik durchgeführt. Die Anzahl der Teilnehmer_innen schwankte von 10 bis 35 Personen. Darüber hinaus führten einzelne Vertreter_innen des Verbandes im Rahmen von Kooperationsveranstaltungen Workshops zum Umgang mit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt durch. Es folgt eine Liste der der Themen der eigenen Fort- und Ausbildungsveranstaltungen:

- Umgang mit psychischen Erkrankungen in der Beratungsarbeit (35 Personen)
- Rassismus und Trauma (35 Personen)
- Workshops: Hilfs- und Unterstützungsangebote für Betroffene
- Umgang mit der Datenbank für das Monitoring von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (4 Workshops mit 5 bis 15 Personen)
- Psychosoziale Prozessbegleitung (10 Personen)
- Umgang mit Rassismus unter Rassismusbetroffenen in der Beratungsarbeit (35 Personen)
- Rechte von Betroffenen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus (15 Personen)
- Zivilrecht in der Opferberatung (35 Personen)
- Beratung in Flüchtlingsunterkünften (35 Personen)
- Empowermentstrategien in der Beratungsarbeit (35 Personen)
- Ausbildungsreihe Modulares Curriculum: Viktimisierung und Trauma, Strafrecht, Lokale Intervention (jeweils 15 Personen)

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Verbandsarbeit wurden 2015 und 2016 vier Publikationen erstellt und vier Pressemitteilungen herausgegeben. Es wurden eine Internetseite (verband-brg.de) und ein Twitteraccount (https://twitter.com/rechte_gewalt) erstellt und gepflegt.

Titel der Publikation	Auflage
Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland. Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung (2015)	1000
Unterstützung nach einem rassistischen Angriff. Ein Ratgeber für Geflüchtete in Einfacher Sprache (2016)	1500
Im Fokus von Neonazis. Eine Handreichung für Betroffene und Unterstützer_innen (2016)	800
Studie: Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie von Betroffenen rechter	600

Vernetzung und Lobbyarbeit

Ein Teil der Aktivitäten in den Jahren 2015 und 2016 galt der Vernetzung mit anderen fachspezifischen Beratungsstellen und der Zusammenarbeit mit Partner_innen, die bundesweit in den Themenfeldern rechte, rassistische und antisemitische Gewalt, Diskriminierung und Gegenstrategien arbeiten. Zu diesen Partner_innen und Vernetzungsrunden gehören z.B.: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR), die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung (BAGD), die Amadeu Antonio Stiftung, der Antidiskriminierungsverband Deutschland (ADVD), der Republikanische Anwält_innenverein (RAV), u.a.

Gemeinsames Monitoring – Veröffentlichung der Zahlen zu rechten, rassistischen und antisemitisch motivierten Angriffen

Die Daten der ostdeutschen Opferberatungsstellen und die aus NRW gehen bereits in eine gemeinsame bundesweite Statistik ein, die Auskunft über die Anzahl der rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffe gibt. Im Gegensatz zu behördlichen Statistiken werden auch für Fälle einbezogen, bei denen die Betroffenen aus verschiedenen Gründe keine Anzeige gemacht haben. Die gemeinsame Statistik beschreibt das Ausmaß, die Qualität und die Verschiebung von Motiven solcher Angriffe. Für das Jahr 2014 wurden 782 Angriffe dokumentiert, für das Jahr 2015 1747 und für das Jahr 2016 1948. Dabei nahm das Motiv Rassismus immer weiter zu. Mit diesen Zahlen und der Beschreibung von Einzelfällen wurde die Perspektive der Betroffenen sichtbar. Ziel dieser Darstellung ist die Sensibilisierung von Politik, Verwaltung und Medien für die Rechte und die Bedarfe von Betroffenen. Der VBRG e.V. setzte sich dafür ein, dass die Zahl der Beratungsstellen, die sich am Monitoring beteiligen größer wird, damit in allen Bundesländern der Ausbau adäquater Hilfs- und Beratungsangebote für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt begründet und umgesetzt werden kann.